

# Allgemeiner Anzeiger.

## Amtsblatt

für die Ortsbehörde und den Gemeinderat zu Bretznig.

Der Allgemeine Anzeiger erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend. Abonnementspreis: vierteljährlich ab Schalter 1,30 Mk. bei freier Zustellung durch Boten ins Haus 1 Mark 55 Pfennige, durch die Post 1,30 Mark auschl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsboten gern entgegen.

Lokal-Anzeiger für die Ortschaften Bretznig, Großröhrsdorf, Hauswalde, Frankenthal und Umgegend.

Postkonto: Leipzig Nr. 34894.

Inserate, die 4 gepaltene Korpuszeile 15 Pf. für Inzerenten im Adbertale, für alle übrigen 20 Pf., im amtlichen Teile 25 Pf., und im Reklameteil 40 Pf., nehmen außer unserer Geschäftsstelle auch sämtliche Annoncen-Expeditionen jederzeit entgegen. Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Inserate bitten wir für Mittwoch-Nummer bis Dienstag vormittags 11 Uhr, für die Sonnabend-Nummer bis Freitag vormittag 11 Uhr einzusenden.

Schriftleitung, Druck und Verlag von A. Schurig, Bretznig.

Nr. 100.

Sonnabend, den 14. Dezember 1918.

28. Jahrgang

### Die Reichsregierung für die Reichseinheit.

Die Reichsregierung erläßt nachstehenden Aufruf an das deutsche Volk:

Am 4. Dezember 1918 haben zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein aufgefordert, die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigkeit ehemaliger Teile des Reiches oder Preußens vom Gesamtgebiete ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuregelung des Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrenscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken sind diejenigen anerkannten Vertreter des Volkswillens berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsandt werden. Auf das entscheidende aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht gewahrt, sondern gefährdet durch die völlig grunds- und beweislosen Behauptungen, es bestände die völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen. Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und in höchstem Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu mindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland und Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Bretznig, den 11. Dez. 1918.

Die Volksbeauftragten:  
Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann, Preuß. Staatssekretäre.

### Besprechungen im französischen Heeresauschuß über die Vorgänge in Deutschland.

Zürich, 11. Dez. Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus Paris: Im Heeresauschuß wurden am Montag die Vorgänge in Deutschland besprochen. Die Auslassungen von zwei Regierungsvertretern

lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß man mit der jetzigen deutschen Regierung auch nicht über die Verlängerung des Waffenstillstands verhandeln will. Man werde eine Verlängerung des Waffenstillstandes nur mit der deutschen Heeresleitung abschließen.

### Das Schicksal der heimkehrenden russischen Kriegsgefangenen.

Warschau, 11. Dez. Nach Meldungen hiesiger Blätter haben sich in der Gegend von Drel bereits mehr als eine halbe Million aus deutscher Gefangenschaft zurückgekehrte Kriegsgefangene angemeinert, die sich in der größten Notlage befinden. Die Sowjetregierung läßt sie ohne jede Unterstützung. Die Gefangenen erhalten weder Verpflegung noch Bekleidung, werden aber mit Flugblättern überschüttet, die sie für den Bolschewismus gewinnen sollen.

### Oertliches und Sächsisches.

**Durchsuchungen von Wohnungen.** In der „Sächs. Staatszeitung“ wird darauf hingewiesen, daß Durchsuchungen von Wohnungen auf Lebensmittel oder sonstige Gegenstände von Mitgliedern der örtlichen Arbeiterräte nur vorgenommen werden dürfen, wenn die Betroffenen gehörig legitimiert sind und sich in Begleitung eines Vertreters der Amtshauptmannschaft oder der zuständigen Gemeindebehörde befinden. Die Betroffenen wollen daher in jedem einzelnen Falle sich erst vergewissern, daß die zu einer Durchsuchung sich meldenden Persönlichkeiten in der Lage sind, sich über ihre Berechtigung entsprechend auszuweisen.

**Postsperrre.** Der Wertbrief- und Paketverkehr ist bis auf weiteres nach der Rheinpfalz, dem linksrheinischen Oberpostdirektionsbezirk Darmstadt und den rechtsrheinischen Orten im 30-Kilometerkreis von Köln, Koblenz und Mainz eingestellt.

**Vorzeitige Entlassung der Konfirmanten.** Im Hinblick auf den späten Ostertermin hat das Kultusministerium verordnet, daß die Schüler und Schülerinnen der Volks- und Fortbildungsschulen, die Ostern ihrer Schulpflicht genügt haben, schon Ende März 1919 aus der Schule entlassen werden, um ihnen zu ermöglichen, bereits Anfang April in eine Lehre, ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis einzutreten.

**Einschränkung des Religionsunterrichts.** Der sächsische Kultusminister hat eine Verfügung getroffen, daß vom 1. Jan. an der Katechismusunterricht in den Schulen wegfällt, die biblische Geschichte dagegen beibehalten werden soll. Für die freiverdenden Stunden soll Deutsch und Rechnen gegeben werden.

**Die Geschäftsführer der Einkaufsgesellschaft Ostfachsen vor Gericht.** In dem seit über einem Jahr anhängigen Prozeß handelt es sich nach der Anklage um Schiebung, bei denen Ostfachsen um über eine halbe Million geschädigt und ihm ganz minderwertige Ware, verdorbenes Dörngemüse als „Prima Leipziger Allerlei“, zu übermäßigen Preisen geliefert wurde, wobei Schmiegelder bis zu 20 000 Mark gezahlt worden sind. — Die Angelegenheit, die bekanntlich vor Jahresfrist großes Aufsehen erregte, kam dadurch zur Anklage, daß der mit 21 000 Mark bestochene

Jüngste der Angeklagten, der erst 19 jährige Bretznig, 19 000 Mk. auf einer Bank einzahlte, wodurch man, da man diese für gestohlen hielt, argwöhnisch wurde. Für die Verhandlung sind zehn Tage in Aussicht genommen. Neun Anwälte sind als Verteidiger bestellt und sieben Sachverständige geladen. Angeklagt sind der aus Oesterreich gebürtige, 1898 geb. Ernst Bretznig, der 1878 geb. Karl Lampe, der 1880 geb. Hans Zendrel, der 1877 geb. Wilhelm Ernst Zimmermann und der 1884 geb. Hans Wägke. Alle sind Kaufleute, Lampe Mitinhaber einer auswärtigen Firma und wegen schwerer Urkundenfälschung, Untreue u. a. vorbestraft. Der Tatbestand, wie er sich aus dem Eröffnungsbeschluss und der Vernehmung der Angeklagten ergibt, ist folgender: Lampe war Geschäftsführer der Präservenfabrik Ostfachs, G. m. b. H., und bot Ende April 1917 dem Kriegswirtschaftsamt der Stadt Dortmund 10 Wagenladungen von je 10 000 Kilogramm Auslandsdörngemüse zu Mk. 5.42 das Kilogramm an, während Mk. 4.44 der höchstens zulässige Preis war, so daß er einen Uebergewinn von 98 000 Mark gehabt hätte. Das Geschäft kam aber nicht zustande, da man in Dortmund zu vorsichtig war. Nun wandte sich Lampe an die Einkaufsgesellschaft Ostfachsen. Er gab er 205 651 Kilogramm Dörngemüse und 13 405 Kilogramm Pilze für 519 631 Mk. ab, wobei er 425 082 Mk. unzulässigen Uebergewinn machte. Dieses teure Milchgemüse war obendrein verfälscht, indem Lampe und Wägke, der bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin angestellt war, ihm verdorbene und verholzte Pilze beimengten. Für die Vermittlung des Verkaufs erhielten Wägke 10 000 Mk. Schmiegelder, Zendrel und Zimmermann, die Geschäftsführer der G. S. Ostfachsen je 10 000 Mk., Zimmermann dann nochmals 10 000 Mark dafür, daß sie die hohen Preise und die schlechte Ware billigten. Bretznig, der Abteilungsleiter bei der „Ostfachsen“ war, erhielt für die antwandlose Abnahme des Milchgemüses 21 000 Mark. Das Tollste ist, daß nach der Anklage Zendrel und Zimmermann aus den Beständen der „Ostfachsen“ gutes inländisches Milchgemüse an Lampe zur Herstellung seines schlechten „Auslands“-Milchgemüses überließen! Zendrel und Zimmermann bezeichneten schriftlich gegenüber Ostfachsen dieses minderwertige Zeug als „Prima Leipziger Allerlei“, „ausländisches Pilzgemüse, ähnlich wie Leipziger Allerlei“, „selten schön Qualität“, „die besonders in Lazaretten und Krankenhäusern Verwendung finden solle!“ — Aus der Verhandlung am Montag wird berichtet: Aus der weiteren Vernehmung der Angeklagten ergab sich weiter folgendes: Lampe erhielt durch Wägkes Vermittlung von zwei böhmischen Firmen 13 996 Kilogramm Pilze, die in Berlin gelagert wurden. Die Pilze, die Lampe besichtigte und wovon er einen Sack in seine Wohnung schaffen ließ, waren feucht, matschig, die dunklen darunter völlig verholzte Bruchstücke von Pfifferlingen. Da die Pilze bald verkauft werden mußten, ehe sie völlig verdorben waren, hat Lampe Wägke um Vermittlung; dieser führte ihn dann mit Zendrel und später mit Zimmermann zusammen. Zendrel war es, der, wie Lampe angibt, zuerst vom Vermischen sprach, Zimmermann bot dann Lampe 3000 Kilogramm gutes inländisches Milchgemüse zum Vermischen mit dem schlechten ausländischen an, dieses Vermischen ist aber verboten. Lampe gibt zu, er habe dies gewußt. Schließlich hat Lampe auf einer Fahrt von

Hamburg nach Berlin Zendrel und Zimmermann inständigst: „Lut mir bloß den Gefallen und nehmt mir meine Pilze mit ab zum Vermischen.“ Diese Pilze hatte Ostfachsen früher als zu minderwertig zurückgewiesen. Nun wurden sie, wie Wägke sagte, mit dem übrigen Dörngemüse und Salz vermischt als „feines Leipziger Allerlei“ Ostfachsen aufgehängt. Wägke sollte für je 10 000 Kilogramm 1000 Mk. erhalten, Zendrel und Zimmermann je 10 000 Mk. Mitte Juni 1917 äußerte Zendrel zu Lampe: Das Geschäft sei doch sehr groß gewesen, da müsse doch noch ein größeres Stück abgefallen sein, worauf Lampe Zendrels Schmiegeld auf 20 000 Mk. erhöhte. Merkwürdigerweise fehlen über dieses 1 1/2-Millionengeschäft bei der Ostfachsen auffallend viele Belege. Mit der Verlesung hierauf bezüglicher vorhandener Urkunden schloß die gestrige Verhandlung.

**Die sächsischen Truppen in der Süd-Ukraine.** Ueber Königsbrunn gehen dem Dresdner A. und S. Rat folgendes Telegramm vom 8. Dezember zu: Zur Verübung aller, die Angehörige bei den sächsischen Truppenteilen in der Süd-Ukraine haben (Z. R. 415; 6. Batterie F. A. 279; Staffelführer Seelmann; Feldbäckereitolonnen 78; Feldlazarett 178 in Nikolajew) und die seit langer Zeit ohne Nachrichten geblieben sind, wird mitgeteilt, daß demnächst die Abbeförderung dieser Truppen zu erwarten ist. Die Truppen aus der Türkei sind auf der Durchreise nach der Heimat. Es ist alles wohl und munter. Der Soldatenrat in Nikolajew.

**Leipzig.** Wegen des Kohlenmangels tritt hier von 8 bis 11 und 1 bis 4 Uhr Gas-sperre ein.

Oberhausen. Die Befürchtung, daß infolge der Besetzung des linken Rheinufers die Kohlennot bei uns in ein noch altes Stadium treten könnte, erscheint keineswegs unbegründet. Darum aber kann nicht angelegentlich genug auf eine Erfindung aufmerksam gemacht werden, die es ermöglicht, bedeutende Ersparnisse im Kohlenverbrauch herbeizuführen. Es sind dies die von den Pensquid-Werken in Frankfurt a. M. hergestellten Kohlen-Spar-Platten, die bei jedem Brennmaterial (Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Holz) überall ohne Einbauten sofort verwendbar sind, und mit denen, wie durch sehr sorgfältige Untersuchungen festgestellt wurde, eine Ersparnis an Heizmaterial von 30—50 % erzielt wird. Auch wurde konstatiert, daß bei ihrer Verwendung eine sehr große Küchenherdplatte sich gleichmäßig erhitzt, jedoch sämtliche Töpfe auf derselben gleichmäßig kochen. Außerdem kann mit ihrer Anwendung das Ofen- oder Herdfeuer vom Abend bis zum nächsten Morgen erhalten werden, jedoch gewissermaßen jeder gewöhnliche Ofen zum Dauerbrenner wird. Das Prinzip, welches der Wirkung der Platten zu Grunde liegt, ist an und für sich ein höchst einfaches, und darum ist es auch den Fabrikanten möglich, den Preis so billig zu stellen, daß die Anschaffungskosten gegenüber der Kohlenersparnis garnicht in Betracht kommen. Mehrere städtische Ortskohlenstellen und andere Behörden haben sich der Einführung der Platten bereits angenommen. Wo keine Verkaufsstelle der Platten besteht, dorthin liefern die Pensquid-Werke eine Probeplatte mit einer dazu passenden Zange franko per Post gegen Einmündung von 7 Mark oder gegen Nachnahme.